

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen (WBVB) der Klinikum der Stadt Ludwigshafen gGmbH (Stand Dezember 2025)

(Ergänzung zu den „Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen“, siehe Formular 214 Besondere Vertragsbedingungen, Ziffer 10)

Inhalt

10.1.	Auftraggeberseitige interne Vorschriften.....	2
10.2.	Baufristenplan	2
10.3.	Übergabe von Unterlagen vom AG an den AN:	2
10.4.	Erstellen von Zeichnungen und Unterlagen – Leistungen des Auftragnehmers:	3
10.5.	Deutschsprachiger Ansprechpartner vor Ort.....	3
10.6.	Baustellenbesprechungen	4
10.7.	Bautagesberichte/ Tagelohnzettel	4
10.8.	Terminüberschneidungen und Zusammenarbeit mit anderen Firmen	4
10.9.	Einrichtung von Unterkünften	4
10.10.	Abrechnung Baustrom und Bauwasser, anteilige Bauschildkosten.....	4
10.11.	Versicherung	4
10.12.	Nachtragsleistungen (Vergütung zusätzlicher/geänderter Leistungen); Mengenüberschreitungen und Stundenlohnarbeiten	5
10.13.	Verjährungsfrist für Mängelansprüche:	5
10.14.	Sicherheitsleistung	5
10.15.	Sonstige Vorgaben:.....	7
10.15.1	Bietergemeinschaften und mittelständische Unternehmen	7
10.15.2	Nachunternehmer	7
10.15.3	Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit (soweit für den Auftragnehmer zutreffend)	7
10.15.4	Tariftreue bzw. Mindestlohn	8
10.15.5	Kontrollen und Sanktionen nach LTTG.....	8
10.16.	Schlussbestimmungen:	9
10.16.1	Einhaltung der Vorgaben des Fördermittelgebers:	9
10.17.	Salvatorische Klausel.....	9

10.1. Auftraggeberseitige interne Vorschriften

Folgende interne Vorschriften des Auftraggebers sind bei der Durchführung des Auftrags zu beachten:

- Hinweise zum Arbeits-, Gesundheits- und Brandschutz, sowie Hygienevorschriften im Klinikum der Stadt Ludwigshafen gGmbH in der aktuellen Version (als Anlage beigefügt und in der jeweils aktuellen Fassung auf der Homepage des Auftraggebers hinterlegt: https://www.klilu.de/e29551/Klinikvorschriften_Arbeitssicherheit-Brandschutz-Hygiene.pdf)
- Die erforderlichen Schutzmaßnahmen inkl. Anmeldeprozess in Bezug auf den Infektionsschutz (z.B. Covid) sind zu beachten und einzukalkulieren. Die jeweils aktuell geltenden Regelungen werden dem Auftraggeber rechtzeitig vor Auftragsausführung bekanntgegeben.
- Sofern dem Auftragnehmer und/oder seinen Mitarbeitern, Erfüllungsgehilfen oder sonstigen bei der Auftragserfüllung hinzugezogenen Personen des Auftragnehmers personenbezogene Daten zur Kenntnis kommen, sind die datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der DSGVO und des Landesdatenschutzgesetzes zu beachten. Personenbezogene Daten, insbesondere Patientendaten, sind vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben.
- Verhaltensregeln für Arbeiten im Krankenhaus - mit Stand Juli 2013 (ist den Vergabeunterlagen als Anlage beigefügt und in der jeweils aktuellen Fassung auf der Homepage des Auftraggebers hinterlegt: https://www.klilu.de/e29550/Verhaltensregeln_Arbeiten_im_Krankenhaus.pdf).
- Hausordnung des Auftraggebers in der jeweils aktuellen Version (als Anlage beigefügt und in der jeweils aktuellen Fassung auf der Homepage des Auftraggebers hinterlegt: https://www.klilu.de/e30096/index_ger.html)

10.2. Baufristenplan

Der Auftragnehmer hat nach Auftragsvergabe einen Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Der Baufristenplan hat zudem angemessene Zeitpunkte auszuweisen, bis zu denen der AG ihm obliegende noch ausstehende Entscheidungen zu treffen hat. Die für den Auftragnehmer geltenden Vertragsfristen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen (Formblatt 214). Die Festlegungen des Auftraggebers, z.B. zur fachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den Auftragnehmer unverzüglich zu überarbeiten. Der Plan ist dem Auftraggeber 10 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitungen unverzüglich jeweils in digitaler Ausfertigung (als PDF) zu übergeben.

10.3. Übergabe von Unterlagen vom AG an den AN:

Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer keine Ausführungsplanung/keine Ausführungsunterlagen nach § 3 Abs. 1 VOB/B zur Verfügung.

Die Skizzen und Vorentwürfe, die die vom Auftraggeber gewünschte grobe Ausführung zeigen, werden vom Auftraggeber in digitaler Form im Dateiformat DWG, DXF oder PDF, mit der Ausschreibung übergeben. Pläne in Papierform, die für die termingerechte Durchführung der Leistung des Auftragnehmers notwendig sind, hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten vorzuhalten.

Weitere Unterlagen erhält der Auftragnehmer nicht. Es ist seine Aufgabe, aus den Skizzen und Vorentwürfen eine Entwurfsplanung und darauf aufbauend eine Ausführungsplanung und Werk- und Montageplanung zu erstellen. Vom Auftragnehmer erstellte Unterlagen, insbesondere Pläne, sind dem Auftraggeber (AG) grundsätzlich digital als pdf- oder dwg-Dateien rechtzeitig und unaufgefordert zur Prüfung (2 Wochen Prüffrist ist einzukalkulieren) vorzulegen, soweit in der Leistungsbeschreibung keine abweichende Angabe gemacht ist. Unbeschadet einer vollständigen Revisionsplanung ist der Auftragnehmer nur verpflichtet, für seine Ausführung erforderliche Planungen vorzunehmen. Ziel ist ein den Vorgaben des Auftraggebers entsprechendes funktionstüchtiges Gewerk, das den vom Auftraggeber gestellten Anforderungen gem. LV entspricht.

Die Abrechnung der Leistungen des AN erfolgt nach dem im Leistungsverzeichnis vereinbarten Einheitspreisen unter Berücksichtigung der tatsächlich gemeinsam ermittelten Mengen und Massen (gemeinsames digitales Aufmaß). Die Abrechnung erfolgt nach Maßgabe der Regelungen im Leistungsverzeichnis. Die dortigen Abrechnungsregelungen (etwa zur Übermessung) sind zu beachten. Hinsichtlich des Umgangs mit Mengenüberschreitungen wird auf die Regelung unter 10.12 verwiesen

10.4. Erstellen von Zeichnungen und Unterlagen – Leistungen des Auftragnehmers:

Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vor der Ausführung Montage- bzw. Werkplanungsunterlagen zu erstellen und dem Auftraggeber zur Genehmigung vorzulegen. Zeichnungen, Berechnungen, Nachprüfungen von Berechnungen oder andere Unterlagen, die der Auftragnehmer nach dem Vertrag, besonders den Technischen Vertragsbedingungen, oder der gewerblichen Verkehrssitte oder auf besonderes Verlangen des Auftraggebers (§ 2 Absatz 9 VOB/B) zu beschaffen hat, sind dem Auftraggeber nach Aufforderung rechtzeitig vorzulegen.

Der Auftragnehmer gewährt dem Auftraggeber ein zeitlich unbefristetes und unbeschränktes Nutzungsrecht an sämtlichen, wie im Leistungsverzeichnis, definierten Unterlagen.

Spätestens bei Abnahme hat der Auftragnehmer die beim ihm gem. Leistungsverzeichnis beauftragten Revisionszeichnungen sowie sämtliche vorhandenen Revisionspläne, Bestandspläne, Bedienungsanleitungen, Einstellungen, Produktdatenblätter, Abnahmen, Zulassungen etc. (nachfolgend „Unterlagen“) an den Auftraggeber zu übergeben. Die Übergabe der Unterlagen erfolgt zum einen in elektronischer Form als PDF- und (bezogen auf Planunterlagen) DWG oder DFX-Dateien sowie in Papierform (2-fach). Die Übergabe hat rechtzeitig zur Abnahme zu erfolgen.

Liegen die Revisionszeichnungen und -pläne wie im Leistungsverzeichnis definiert zum Abnahmetermine nicht vor, wird die Abnahme nicht erklärt. Liegen die sonstigen Unterlagen nicht vollständig vor, wird die Abnahme nur mit Vorbehalt erklärt.

Die Revisionspläne und -zeichnungen müssen den tatsächlich verbauten Stand der vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen wiedergeben. Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber für die Korrektheit der Revisionszeichnungen und -pläne.

Der Auftragnehmer hat die Zeichnungen und Unterlagen normgerecht herzustellen. Die Zeichnungen sind in einem DIN-A-Format zu fertigen. Das größte zulässige Format ist DIN A 0. Bei Detailansichten ist der Mindestmaßstab 1:50 zu wählen.

Die Planunterlagen müssen übersichtlich sein, die Pläne eindeutig bezeichnet und die Lesbarkeit muss auch bei einer Schwarzweißkopie der Pläne noch gegeben sein (z.B. durch Verwendung unterschiedlicher Strichtypen, um verschiedene Medien unterscheiden zu können).

Grundrisse müssen die aktuellen Raumnummern aufweisen.

Querverweise in den Schemata und Produktbeschreibungen müssen Bezug zu den betreffenden Grundrissen und Raumnummern und umgekehrt beinhalten.

Die Produktdokumentation muss die genaue Bezeichnung / Typ des tatsächlich eingebauten Produktes beinhalten. In Datenblättern, die mehrere Typen beinhalten, muss der tatsächlich eingebaute Typ gekennzeichnet sein.

10.5. Deutschsprachiger Ansprechpartner vor Ort

Der verantwortliche Bauleiter des Auftragnehmers muss neben der erforderlichen Fachkunde die Befähigung besitzen, in dem zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Umfang mündlich und schriftlich mit dem Auftraggeber kommunizieren zu können. Die Kommunikation auf der Baustelle erfolgt in deutscher Sprache.

Der verantwortliche Bauleiter ist dem Bauherrn und der Bauleitung zu Beginn seiner Leistung und bei etwaigen Personalwechseln im laufenden Auftrag verbindlich schriftlich zu benennen.

10.6. Baustellenbesprechungen

Der Auftragnehmer hat zu den Baustellenbesprechungen, die der Auftraggeber regelmäßig durchführt, einen geeigneten bevollmächtigten, deutschsprachigen Vertreter zu entsenden. Die Termine für die Besprechungen werden dem Auftragnehmer nach Auftragsvergabe bekannt gegeben. Der Bauherr behält sich tägliche Baustellenbesprechungen vor.

Unterlässt der Auftragnehmer unentschuldigt die Teilnahme an den Baubesprechungen oder kommt es aufgrund von Verständigungsproblemen zu nachweislichem Mehraufwand für den Auftraggeber, gehen diese zu Lasten des Auftragnehmers.

10.7. Bautagesberichte/ Tagelohnzettel

Der Auftragnehmer hat arbeitstäglich Bautagesberichte zu erstellen. Diese haben das anwesende Personal namentlich sowie vorgehaltene Baustelleneinrichtung, sämtliche besonderen Vorkommnisse und die geleisteten Arbeiten zu bezeichnen. Die Bautagesberichte sind der Bauleitung des Auftraggeber 1x wöchentlich in einfacher Ausfertigung (DIN A 4) in Papierform, sowie zusätzlich digital im PDF Format, gemäß Muster der Objektüberwachung wöchentlich einzureichen und fortlaufend zu nummerieren. Eine Behinderungsanzeige wird durch die Übergabe eines Bautagesberichtes nicht ersetzt. § 6 Abs. 1 VOB/B bleibt unberührt.

Die Tagelohnzettel für angeordnete Stundenlohnarbeiten sind der Bauleitung täglich zu übergeben.

10.8. Terminüberschneidungen und Zusammenarbeit mit anderen Firmen

Bei der Bauausführung kann es bezüglich einzelner Gewerke zu Terminüberschneidungen kommen. Es ist daher erforderlich, mit anderen Bauunternehmen zusammenzuarbeiten und sich diesbezüglich mit anderen Bauunternehmen, Unterauftragnehmern und der Bauleitung zu koordinieren, um einen störungsfreien Ablauf zu gewährleisten. Im Fall von Konflikten zwischen den Bauunternehmen und /oder der Bauleitung unterstützt der Auftraggeber bei der Koordination, wobei der Auftragnehmer den Auftraggeber über die Art der Probleme zu informieren hat, und wo er bei der Abstimmung mit anderen Gewerken Hilfe braucht.

10.9. Einrichtung von Unterkünften

Unterkünfte wie Schlafräume und Aufenthaltsräume für die Freizeit dürfen in der Liegenschaft, in der sich die Baustelle befindet, nicht eingerichtet werden.

10.10. Abrechnung Baustrom und Bauwasser, anteilige Bauschildkosten

10.10.1 Baustrom und Bauwasser

Die Kosten für den Verbrauch an Baustrom und Bauwasser einschl. der Kosten für die erforderlichen Zähler trägt der Auftragnehmer nach dem tatsächlichen Verbrauch. Sofern der Auftragnehmer keine Zwischenzähler setzt, ist der Bauherr berechtigt, für diese Kosten jeweils pauschal mit 0,4 % von der berechtigten Brutto-Schlussrechnungssumme abzuziehen. Gegen Nachweis, dass der Auftragnehmer keinen Baustrom und/oder Bauwasser verbraucht, wird auf die Kostenumlage verzichtet.

10.10.2 Bauschild

Der Bauherr kann eine Tafel mit dem Verzeichnis aller an der Bauausführung beteiligten Auftragnehmer aufstellen. Der Auftragnehmer beteiligt sich anteilig an den hierfür anfallenden Kosten mit einem Pauschalbetrag von 100,00 EUR, der von der Schlusszahlung in Abzug gebracht wird.

10.11. Versicherung

10.11.1 Bauwesen- bzw. Bauleistungsversicherung

Der Bauherr schließt eine Bauwesen- bzw. Bauleistungsversicherung ab. Die Umlage zu Lasten des Auftragnehmers beträgt 0,3 v. H. der berechtigten Abrechnungssumme ohne gesetzliche MwSt. Die Selbstbeteiligung

für den Unternehmer je Schadensfall beträgt dabei Euro 500,00. Auf Anforderung des Auftragnehmers legt der Bauherr den Nachweis über die Bauleistungsversicherung vor.

10.11.2 Haftpflicht- und Feuer(Brand)versicherung

Mit Rücksicht auf innerhalb des Hauptgebäudes des Klinikums stattfindenden Arbeiten im laufenden Betrieb hat der Auftragnehmer eine ausreichende Haftpflicht- und insbesondere Brand(Feuer)versicherung vor Baubeginn nachzuweisen und für die Dauer des Auftrags und mindestens bis zum Endabnahmezeitpunkt aufrechtzuerhalten. Die Versicherungssummen der Haftpflicht- und Feuerversicherung müssen mindestens denen entsprechen, die im Rahmen der Eignungsprüfung des Vergabeverfahrens vom Auftraggeber gefordert und vom Bieter nachgewiesen worden sind.

10.12. Nachtragsleistungen (Vergütung zusätzlicher/geänderter Leistungen); Mengenüberschreitungen und Stundenlohnarbeiten

Ergänzend zu den Regelungen der VOB/B für die Beauftragung und Abrechnung von Nachtragsleistungen gilt folgendes:

Die Vergütung von Nachtragsleistungen richtet sich analog § 650 c Abs.1 BGB nach den tatsächlich erforderlichen Mehrkosten zuzüglich angemessener Zuschläge für Allgemeine Geschäftskosten sowie Wagnis und Gewinn. Für die Bestimmungen der Mehrkosten können maximal ortsübliche und angemessene Preise im Sinne des § 632 Abs. 2 2.HS BGB zugrunde gelegt werden, es sei denn, eine besondere Situation verlangt hiervon Abweichungen, die der Auftragnehmer dann darzulegen und zu beweisen hat. Den Parteien steht es frei, von den vorliegenden und in der VOB/B enthaltenen Regelungen im Einzelfall eine abweichende Vereinbarung – bspw. Pauschalierung – zu treffen. Die Regelung des § 650 c Abs 1 BGB gilt ebenfalls bei der Bestimmung der Vergütung von Mehrmengen gem. § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B, wobei abweichend von § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B eine Anpassung erst bei Überschreitung des jeweiligen Vordersatzes von 15 % verlangt werden kann. § 650 c Abs. 2 BGB findet keine Anwendung, weder direkt noch analog.

Sofern der Auftragnehmer nach Anordnung einer Änderung nicht unverzüglich darauf verweist, dass sich ggf. auch Auswirkungen auf die Bauzeit ergeben, darf der Auftraggeber davon ausgehen, dass es solche bauzeitlichen Auswirkungen nicht gibt, und der Auftragnehmer kann sich auf solche Verzögerungen nicht berufen. Das gilt nicht im Falle von § 6 Abs. 1 Satz 2 VOB/B.

Stundenlohnarbeiten sind dem Bauherrn vor Ausführung durch den AN anzuzeigen und deren Erfordernis (gegenüber einer normalen Nachtragsberechnung) zu begründen. Stundenlohnarbeiten bedürfen einer vorherigen Beauftragung des AG, mindestens in qualifizierter Textform (E-Mail). Das Abzeichnen von Stundenlohnzetteln hat arbeitstäglich und ausschließlich durch den Bauherrn (nach diesem Vertrag vertretungsberechtigte Personen) oder die hierfür explizit bevollmächtigte Person zu erfolgen.

10.13. Verjährungsfrist für Mängelansprüche:

Als Verjährungsfrist für Mängelansprüche werden für die vertragliche Leistung 5 Jahre ab förmlicher Abnahme vereinbart.

10.14. Sicherheitsleistung

10.14.1. Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung

Der Auftragnehmer hat, soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, unverzüglich nach Vertragsschluss eine nicht aus erstes Anfordern zahlbare Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Bürgen (Kreditversicherer, Bank oder Sparkasse) in Höhe von 5% der Nettoauftragssumme für die Erfüllung sämtlicher ihm obliegender Verpflichtungen aus diesem Vertrag einschließlich auch hinsichtlich geänderter und zusätzlicher Leistungen gem. § 1 Abs. 3, Abs. 4 S. 1 VOB/B zu stellen, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Ansprüchen aus sog. Abnahmemängeln (inkl. Aufwendungsersatz und Kostenvorschuss bei Selbstvornahme) und Schadens-

ersatz sowie die Erstattung von Überzahlungen einschließlich der Zinsen, ferner für die Erfüllung von Schadensersatzansprüchen jeglicher Art, insbesondere wegen Schadensersatz statt der Leistung, wegen Pflichtverletzung, wegen Verschuldens bei Vertragsverhandlungen und aus Abwicklungsverhältnissen, z.B. nach berechtigter Kündigung des Vertrages durch den Auftraggeber.

Die Sicherheit umfasst nach ständiger Rechtsprechung auch sämtliche Regress- und Rückgriffsansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer, falls der Auftraggeber durch Dritte in Anspruch genommen wird, soweit dies auf pflichtwidriges Verhalten des Auftragnehmers oder von dessen Nachunternehmern oder nachgeschalteten Nachunternehmern zurückzuführen ist, insbesondere im Fall von Inanspruchnahme des Auftraggebers aufgrund von § 14 AEntG, für Sozial-/ Unfallversicherungsbeiträge sowie durch das Finanzamt oder andere amtliche Stellen wegen nicht geleisteter Zahlungen des Auftragnehmers und/oder seiner Nachunternehmer.

Die Bürgschaft ist gem. dem diesem Vertrag als Anlage (Formular Nr. 421 Vergabehandbuch des Bundes 2019) beigelegten Muster zu stellen. Für die Erfüllung von Vertragserfüllungsansprüchen kann der Auftragnehmer statt einer Bürgschaft den Abschluss einer Vertragserfüllungs-Versicherung als gleichwertiges Sicherungsmittel anbieten.

Stellt der Auftragnehmer die Sicherheit nicht binnen 18 Werktagen nach Vertragsschluss, so kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Stellung der Sicherheit eine angemessene Nachfrist setzen und nach deren erfolglosem Ablauf Schadensersatz statt der Leistung verlangen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Auftragnehmer die Nicht-Stellung der Sicherheit nicht zu vertreten hat. Alternativ ist der Auftraggeber, soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, – bei Aufrechterhaltung des Vertrages – dazu berechtigt, fällig werdende Abschlagszahlungen so lange – notfalls je in voller Höhe – einzubehalten, bis die vereinbarte Sicherheitssumme erreicht ist (§ 17 Abs. 5-7 VOB/B). In diesem Fall hat der Auftragnehmer jederzeit das Recht, den vom Auftraggeber aus fälligen Abschlagszahlungen vorgenommenen Einbehalt durch eine vertragsgemäße Sicherheit in Höhe von 5% der Nettoauftragssumme abzulösen.

10.14.2. Sicherheitsleistung für Mängelansprüche nach Abnahme

Sicherheitsleistungen für Mängelansprüche sind wie folgt zu leisten/werden wir folgt vereinbart.

Zur Absicherung von Ansprüchen für die Erfüllung von Mängeln nach Abnahme behält der Auftraggeber, nach Annahme der Leistung des Auftragnehmers, 3% der Schlussrechnungssumme ein. Der Auftragnehmer kann, soweit die Sicherheitsleistung nicht verwertet ist, die Auszahlung des Einbehalts verlangen, indem er eine nicht auf erstes Anfordern zahlbare Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Bürgen (Kreditversicherer, Bank oder Sparkasse) leistet.

Für die Erfüllung von Mängelansprüchen kann der Auftragnehmer statt einer Bürgschaft entsprechend Ziffer 5 der Besonderen Vertragsbedingungen (Vergabehandbuch-Formular Nr. 214) den Abschluss einer Mängelansprüche-Versicherung als gleichwertiges Sicherungsmittel anbieten.

Der Auftraggeber ist ausdrücklich nicht dazu verpflichtet, den Einbehalt auf ein gemeinsames Sperrkonto einzuzahlen.

Die Sicherheit dient im Zeitraum von der Abnahme bis zum Eintritt der Verjährung der Mängelansprüche dazu, auf Geldzahlung gerichtete Ansprüche des Auftraggebers wegen Mängeln, jedwede Schadensersatzansprüche des Auftraggebers und Ansprüche des Auftraggebers auf Erstattung von Überzahlungen aus diesem Vertrag einschließlich angefallener Zinsen abzusichern.

Diese Sicherheit dient weiter zur Absicherung folgender Rückgriffs-, Regress- und Freistellungsansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer: Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber, falls der Auftraggeber durch Dritte in Anspruch genommen wird, soweit dies auf pflichtwidriges Verhalten des Auftragnehmers, von dessen Nachunternehmen oder nachgeschalteten Unternehmen zurückzuführen ist, insbesondere im Falle von Inanspruchnahme des Auftraggebers aufgrund von § 14 AEntG, für Sozial-/ Unfallversicherungsbeiträge sowie durch das Finanzamt oder durch andere amtliche Stellen wegen nicht geleisteter Zahlungen des Auftragnehmers, freizustellen und Rückgriffs- und Regressansprüche zu erfüllen.

Zur Rückgabe der Sicherheit bzw. zur (Teil-) Rückzahlung der Sicherheit ist der Auftraggeber unter den Voraussetzungen des § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B verpflichtet bzw. berechtigt, jedoch mit der Maßgabe, dass statt

des dort in Satz 1 genannten Zeitraums von zwei Jahren, fünf Jahre ab Abnahme maßgeblich sind. Sofern zu diesem Zeitpunkt noch Mängelansprüche aus Mängeln resultieren, die vor Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche gerügt wurden, darf der Auftraggeber einen entsprechenden Teil der Sicherheit bis zur Erfüllung dieser Mängelansprüche zurückbehalten.

10.15. Sonstige Vorgaben:

10.15.1 Bietergemeinschaften und mittelständische Unternehmen

In Verträgen zwischen Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften, die sich sowohl aus Unternehmen gemäß Nr. 6.1 der Verwaltungsvorschrift über das Öffentliche Auftrags- und Beschaffungswesen in Rheinland-Pfalz als auch aus anderen Unternehmen zusammensetzen, dürfen kleine und mittlere Unternehmen nicht benachteiligt werden. Die Verträge sind dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen.

10.15.2 Nachunternehmer

Der Auftragnehmer hat die Leistung im eigenen Betrieb auszuführen. Nur in Ausnahmefällen ist die Weitergabe von Leistungen, auf die der Betrieb eingerichtet ist, zulässig und bedarf zwingend vorab der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

Für die Weitergabe von Aufträgen an Unterauftragnehmer gelten folgende Regelungen:

Der Auftragnehmer (Hauptunternehmer)

- verfährt bei der Einholung von Angeboten für Nachunternehmeraufträge nach wettbewerblichen Gesichtspunkten und benachteiligt dabei kleinere und mittlere Unternehmen nicht;
- teilt dem Auftraggeber rechtzeitig vor der Übertragung des Auftrags – spätestens unmittelbar nach Erhalt der Bieterinformation, mit welcher der Auftraggeber mitteilt, dass er beabsichtigt, dem Auftragnehmer den Zuschlag zu erteilen - Name und Anschrift der Unterauftragnehmer sowie deren Berufsgenossenschaften mit;
- beauftragt nur solche Nachunternehmer, die die gewerbe- und handwerksrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung des zu vergebenden Unterauftrags erfüllen;
- setzt den Unterauftragnehmer davon in Kenntnis, dass seine Leistung der Erfüllung eines öffentlichen Auftrages dient;
- weist auf Verlangen des Auftraggebers die Einhaltung vorstehender Verpflichtungen sowie Art und Umfang der zur Weitergabe vorgesehenen Leistungen nach.
- Beabsichtigt der Auftragnehmer, einen Unterauftragnehmer während des laufenden Auftrags auszutauschen oder einen weiteren hinzuzuziehen, hat er dies dem Auftraggeber rechtzeitig vor Arbeitsaufnahme des neuen Unterauftragnehmers in Schriftform anzuzeigen. Verstößt er gegen diese Anzeigepflicht, ist der Auftraggeber berechtigt, den nicht gemeldeten Unterauftragnehmer zulasten des Auftragnehmers von der Baustelle zu verweisen.

10.15.3 Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit (so weit für den Auftragnehmer zutreffend)

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist in begründeten Fällen die in der Anlage beigefügte Eigenerklärung abzugeben, dass bei der Ausführung des Auftrags nur Produkte Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens hergestellt oder bearbeitet wurden, bzw. die Zusage, dass der Auftragnehmer, seine Lieferanten und seine und deren Nachunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen eingeleitet haben, um ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des IAO-Übereinkommens bei der Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte auszuschließen. Die Erklärung wird bei Angebotsannahme Vertragsbestandteil.

Eigenerklärungen kommen derzeit insbesondere bei folgenden Produkten in Betracht, falls diese in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet wurden:

Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle; Spielwaren, Teppiche, Textilien, Lederprodukte, Billigprodukte aus Holz, Natursteine, Agrarprodukte wie z.B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.

Die Nichtabgabe der Erklärung oder die Abgabe einer wissentlich oder vorwerfbar falschen Erklärung hat den Ausschluss von dem laufenden Vergabeverfahren zur Folge.

Erweist sich nach Vertragsschluss, dass eine wissentlich oder vorwerfbar falsche Erklärung abgegeben oder gegen mit der Erklärung eingegangene Verpflichtungen verstoßen wurde, so behält sich der Auftraggeber vor, Verträge nach VOL/B aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.

10.15.4 Tariftreue bzw. Mindestlohn

Ab einem Auftragswert von 20.000 Euro netto ist das Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz (LTTG) anzuwenden. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet,

1. seinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den sein Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG -;
2. seinen Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 01.01.2025: 12,82 € brutto je Zeitstunde; ab 01.01.2026: 13,90 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen – Mindestentgelterklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG -

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bewerber/Bieter/Auftragnehmer mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuführen.

3. Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können und,
4. im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreueerklärung sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen. Dies gilt nicht falls ein Bewerber/Bieter/Auftragnehmer beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beschäftigt sind;
5. vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

10.15.5 Kontrollen und Sanktionen nach LTTG

1. Der Auftragnehmer und seine Nachunternehmer sind gemäß § 6 des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG) verpflichtet, dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung nach den §§ 3 und 4 LTTG auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen. Der Auftraggeber darf zu diesem Zweck in erforderlichem Umfang Einsicht in die Entgeltabrechnungen des Auftragnehmers und der Nachunternehmen, in die zwischen dem Auftragnehmer und den Nachunternehmen jeweils abgeschlossenen Werkverträge sowie in andere Geschäftsunterlagen nehmen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung von Beschäftigungsverhältnissen hervorgehen oder abgeleitet werden können. Der Auftragnehmer und die Nachunternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Der Auftragnehmer und die Nachunternehmen haben zu diesem Zweck vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers sind ihm diese Unterlagen vorzulegen.
2. Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 6 LTTG zu sichern, wird gemäß § 7 LTTG für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v. H. des Auftragswertes vereinbart; bei mehreren Verstößen darf die Summe der Vertragsstrafen 10 v. H. des Auftragswertes nicht überschreiten. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach Satz 1 auch für den Fall zu

verpflichten, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und der Auftragnehmer den Verstoß kannte oder kennen musste.

3. Hat der Auftragnehmer oder ein Nachunternehmen mindestens grob fahrlässig oder mehrfach gegen Verpflichtungen des LTTG verstoßen, ist der Auftraggeber berechtigt, den Auftragnehmer oder Nachunternehmen für die Dauer von bis zu drei Jahren von seiner öffentlichen Auftragsvergabe ausschließen.
4. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 23 AEntG und § 21 MiLoG zuständigen Stellen über Verstöße des Auftragnehmers gegen dessen Verpflichtungen nach § 4 Abs. 1 und 2 LTTG zu informieren.
5. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen bei mindestens grob fahrlässiger und erheblicher Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 6 LTTG durch den Auftragnehmer.

10.16. Schlussbestimmungen:

10.16.1 Einhaltung der Vorgaben des Fördermittelgebers:

Der Auftragnehmer hat sowohl im Vergabeverfahren als Bieter als auch im Rahmen der Ausführung der beauftragten Leistungen sämtliche Nebenbestimmungen und Hinweise zum Bewilligungsbescheid „Festbetragsfinanzierung bei kommunalen Trägern gem. Anhang 1 zu diesen WBVB zu berücksichtigen und – soweit hierdurch Verpflichtungen im Rahmen der Ausführung des beauftragten Gewerks begründet werden – als vertragliche Nebenpflicht einzuhalten.

1. Zu den zusätzlich zu beachtenden Rechtsvorschriften nach Vorgaben des Fördermittelgebers gehören insbesondere:
 - Landestariftreuegesetz – LTTG, Informationen zum LTTG können auf der eingerichteten Homepage des Landesamtes unter www.lsjv.rlp.de abgerufen werden;
 - Verwaltungsvorschrift der Landesregierung vom 22. Januar 2019 (FM – 0308-0004-0401 415) „Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung“ (MinBl. 2019, Nr. 2, S. 14);
 - Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur und des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung vom 1. Juni 2014 (FM – 4524-1/4525) „Richtlinien für Planungswettbewerbe – RPW -“
 - Rundschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 6. April 2010 zur Nichtberücksichtigung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne des IAG-Abkommens Nr. 182

10.17. Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen.